



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

SIMULIERTER FORTSCHRITT

Ein Schritt vor, zwei zurück: Serbien tritt beim lustlosen Einsatz für die Pressefreiheit auf der Stelle

Von Thomas Roser, Belgrad, März 2022

SIMULIERTER FORTSCHRITT

Ein Schritt vor, zwei zurück: Serbien tritt beim lustlosen Einsatz für die Pressefreiheit auf der Stelle

Von Thomas Roser
Belgrad, März 2022

Nur „begrenzten Fortschritt“ hat die Europäische Kommission in ihrem jüngsten Fortschrittsbericht Serbien in Sachen Meinungsfreiheit bescheinigt. Doch nicht einmal diesen vermögen Serbiens journalistische Berufsverbände zu erkennen.

Zumindest Serbiens Regierungschefin Ana Brnabic verspürte nach dem jüngsten Fortschrittsbericht der EU-Kommission Grund zur Zufriedenheit. Auch auf dem Feld der Meinungs- und Pressefreiheit sei von Brüssel „Fortschritt festgestellt“ worden, verkündete die Würdenträgerin der nationalpopulistischen Regierungspartei SNS Anfang Dezember im Parlament: „Dies ist wichtig. Denn als Regierung haben wir dieser Frage viel Aufmerksamkeit geschenkt.“

Tatsächlich hatte die EU-Kommission nur von „begrenzten Fortschritt“ gesprochen – und die Attacken ranghoher Regierungspolitiker sowie Drohungen und Übergriffe gegen Journalisten erneut ausdrücklich bemängelt. Serbiens journalistische Berufsverbände und unabhängige Medien vermögen derweil selbst begrenzte Fortschritte kaum zu erkennen - im Gegenteil. Als „mikroskopische Verschiebungen“ bezeichnet das Wochenblatt „Vreme“ spöttelnd die von Brüssel ausgemachten Fortschritte.

Tamara Filipovic, die Generalsekretärin der Journalistengewerkschaft NUNS, spricht bitter von „kosmetischen Veränderungen, die Europa den Eindruck vermitteln sollen, dass in Sachen Pressefreiheit etwas geschieht. Aber im Wesentlichen hat sich nichts geändert.“

Serbien sei weiterhin „einige Lichtjahre“ von dem entfernt, was in der EU unter Medienfreiheit verstanden werde, so der NUNS-Vorsitzende Zeljko Bodrozic: Denn die regierende SNS habe durch direkte oder indirekte Kontrolle die Mehrheit der Medien „in ihre Propaganda-Lautsprecher umgewandelt“.

Anfang 2020 hatte Belgrad eine gemeinsam mit den Berufsverbänden ausgearbeitete Medienstrategie abgesehen, die Serbiens bedrohte Pressefreiheit stärken und die Entwicklung der Medienmärkte bis 2025 regeln sollte. Auf Druck der EU folgte im Dezember 2020 ein „Aktionsplan“ samt Fahrplan zu deren Umsetzung. Bedrohungen von Journalisten würden „nicht toleriert, das ist die rote Linie“, verkündete damals Brnabic.

Doch was ist seitdem geschehen? Die EU-Kommission hat zumindest die in Angriff genommene Umsetzung des Aktionsplans als „begrenzten Fortschritt“ gewürdigt. Filipovic spricht im Rückblick hingegen von „verlorener Energie und verlorener Zeit“: „Alle diese aufgeblähten Arbeitsgruppen, die von der Regierung geschaffen wurden, simulierten einen Einsatz für die Medienfreiheit, den es tatsächlich gar nicht gibt.“

ARBEITSGRUPPEN ALS TÄTIGKEITSNACHWEIS

Tatsächlich ließ es Belgrad 2021 bei dem erklärten Feldzug für die Medienfreiheit zumindest nicht an Sitzfleisch mangeln. Neben der Schaffung einer neuen Arbeitsgruppe für die Sicherheit und den Schutz von Journalisten, rief die Regierung auch noch eine Arbeitsgruppe zur Beobachtung der Umsetzung des Aktionsplans sowie eine weitere für die Ausarbeitung eines Neuentwurfs des Gesetzes über öffentliche Information und Medien.

Außer als Tätigkeitsnachweis der Regierung war der Erfolg der vor allem mit Blick auf die EU geschaffenen Arbeitsgruppen bescheiden. Die Arbeitsgruppe zum Schutz von Journalisten verließen

die Berufsverbände bereits zwei Monate nach deren Gründung im März unter Protest. Der Grund: Die Regierungsvertreter in der Arbeitsgruppe lehnten eine Verurteilung der Hetzattacken von SNS-Politikern gegen das Rechercheportal „Krik“ ab: Weil Krik über die Verbindungen der Sicherheitsdienste zu Angehörigen des von der SNS auch schon für Ordner- und Prügeldienste angeheuerten Hooliganclan „Belivuk“ berichtet hatte, warfen ausgerechnet Abgeordnete der SNS der Krik-Redaktion Bande mit Belivuk und der Organisierten Kriminalität vor.

Die Neufassung des Gesetzes zum freien Zugang zu Informationen von öffentlicher Bedeutung wurde wie im Aktionsplan vorgesehen zwar 2021 verabschiedet. Doch vergeblich pochten dabei die Vertreter der Berufsverbände in der Monitor-Arbeitsgruppe auf die Umsetzung der in der Medienstrategie formulierten Ziele, wie beispielsweise die Verpflichtung der Regierung auf Klagen des Ombudsmannes zu reagieren, falls Behörden angeforderte Informationen verweigern. „Keine unserer Vorschläge wurde bei dem Gesetzentwurf vom Verwaltungsministeriums berücksichtigt“, so Filipovic.

Als völlig ineffizient entpuppte sich die Arbeitsgruppe für den Neuentwurf des Gesetzes über öffentliche Information und Medien. Von der Regierungsseite sei die Arbeitsgruppe mit zahlreichen Vertretern sogenannter GONGO-Gruppen (regierungsnahe NGOs) besetzt worden, die weder über Medien-erfahrungen noch über juristische Grundkenntnisse verfügt hätten, berichtet Filipovic: „Die Leute warteten immer wieder mit Lösungsvorschlägen auf, die mit den Zielen der Medienstrategie absolut unvereinbar waren: Sie saßen nur in der Arbeitsgruppe, um den Prozess zu verlangsamen.“ Die zeitweise täglichen, „dilettantisch“ geführten Sitzungen der Arbeitsgruppe seien eine zeitraubende, aber ergebnislose „Tortur“ gewesen: „Auf jeden Schritt voraus folgten zwei zurück. Die Sitzungen waren eine Qual, eine völlige Katastrophe.“

Die für 2021 geplante Verabschiedung des Gesetzes glückte nicht und ist nun genauso wie die Neufassung des Gesetzes über die elektronischen Medien wegen der im April anstehenden Parlamentswahl für Herbst 2022 geplant. Die in der „Koalition für freie Medien“ vereinigten Berufsverbände verließen die Arbeitsgruppe im Herbst 2021. Gemeinsam mit externen Experten arbeiteten sie stattdessen einen eigenen Gesetzentwurf aus, über den sie seit Jahresbeginn in einer neuen Arbeitsgruppe mit Regierungsvertretern verhandelt.

„Wir haben ein Jahr verloren“, konstatiert Filipovic. Restlos ernüchert umschreibt der Journalist und Medienanalyst Nedim Sejdinovic gegenüber dem Portal „europeanwesternbalkans.rs“ (EWS) das Ringen um die gesetzlichen Rahmenbedingungen zum Schutz der Pressefreiheit: Es gebe keine Zweifel, dass „das ganze Gerede“ über die Medienstrategie und den gefeierten Aktionsplan nur „eine Aufführung“ für die internationale Gemeinschaft sei.

WENIGER ÜBERGRIFFE, VERSTÄRKTER DRUCK DURCH KLAGEN

Die Zahl der von NUNS registrierten Fälle von Drohungen, Druck und Gewalt gegen Journalisten lag 2021 mit 148 unter der von 2020 (189) und über der von 2019 (119). Den Rückgang gegenüber dem Vorjahr erklärt Filipovic auch mit der Ausnahmesituation im Wahljahr 2020, in dem Journalisten während des Notzustands und bei den von Gewaltexzessen überschatteten Protesten besonders stark physischen und verbalen Attacken ausgesetzt gewesen seien.

Als positiv bewertet die NUNS-Generalsekretärin den Rückgang der physischen Attacken auf Journalisten von 32 auf sechs im letzten Jahr. Die Zahl der „ernsthaften“ Drohungen sei mit 41 hingegen auf demselben Niveau verharrt. Bei den 96 gemeldeten Fällen von gezieltem „Druck“ auf die Journalisten spielen die sogenannten SLAPP-Klagen eine immer gewichtigere Rolle. Die Strategie, mißliebige Medien, Journalisten und Bürgerrechtsorganisationen mit Klagen und sehr hohen Strafgefordrungen zu überziehen, um deren „Ressourcen zu erschöpfen“, ist laut Filipovic ein „internationaler Trend“, aber treffe in Serbien die finanzschwachen unabhängigen Medien besonders hart.

Im Juni hatte beispielsweise das regierungsnahe Konsortium „Millenium Team“ zehn Medien auf die Zahlung von 100 000 Euro Schadensersatz verklagt, weil sie über eine Pressekonferenz berichtet hatten, auf der der Oppositionspolitiker Vuk Jeremic (NS) das Unternehmen als „Generator der Kor-

ruption“ und „als größtes System zum Absaugen öffentlicher Gelder“ bezeichnet hatte: Die verklagten Medien hatten lediglich wiedergegeben, was der frühere Außenminister über das Unternehmen gesagt hatte. „Verklagen Sie mich, nicht die Medien“, forderte Jeremic damals die Firma auf: Der frühere Außenminister warf den Eigentümern von „Millenium Team“ vor, die wenigen unabhängigen Medien durch finanziellen Druck zum Schweigen zu bringen zu versuchen: Für kleinere Webportale seien bereits die 54000 Dinar (ca. 460 Euro) Gebühr für eine offizielle Stellungnahme zu der Klage ein „erheblicher Betrag“.

Wiederholt brandmarkten Regierungspolitiker auch 2021 selbst am Rednerpult des Parlaments Journalisten missliebiger Medien als „Verräter“, ausländische „Spione“ oder „Söldner“ der Opposition und riefen laut NUNS gar dazu auf, sie „bis auf den Schädel“ zu rasieren, sie „wie Vieh zu erschlagen“ oder „den Kot“ öffentlich zu verbrennen.

Die Staatsanwaltschaft hat 2021 zwar vermehrt Strafverfahren wegen Bedrohungen und Attacken gegen Journalisten eingeleitet. Um die Verfolgung von Übergriffen gegen Journalisten ist es in Serbien allerdings weiter schlecht bestellt. 2020 kam es in 57 Ermittlungsfällen der Staatsanwaltschaft nur zu drei Verurteilungen. In den ersten zehn Monaten 2021 führten 66 strafrechtliche Ermittlungen zu drei Verurteilungen, wobei die serbischen Justizmühlen allerdings generell sehr langsam mahlen.

Zwar wurde der frühere SNS-Bürgermeister von Grocka Dragoljub Simonovic 2020 in erster Instanz wegen Brandstiftung zu einer Haftstrafe von vier Jahren und drei Monaten verurteilt worden: Ihm wurde vorgeworfen, dass er 2018 das Haus des Journalisten Milan Jovanovic von zwei Helfershelfern hatte abbrennen lassen. Doch wegen vermeintlicher Verfahrensfehler hob die Berufungsinstanz im Dezember 2021 den Schuldspruch gegen die drei Verurteilten wieder auf - und hat den Prozess zur Neuverhandlung an die erste Instanz zurückverwiesen.

Immerhin: In dem jahrelang verschleppten und nach Aufhebung der ursprünglichen Schuldsprüche erneut angesetzten Verfahren gegen die mutmaßlichen Attentäter des 1999 ermordeten Journalisten und Verlegers Slavko Curuvija wurden im Dezember 2021 vier frühere Geheimdienstagenten in erster Instanz zu Haftstrafen zwischen 20 bis 30 Jahren verurteilt.

MEDIEN PRIVATISIERT – UND VON DER PARTEI KONTROLLIERT

Widersprüchlich bleibt Serbiens Medienpolitik auch beim Umgang mit der EU-Vorgabe, den Staatszugriff auf die Medien zu lockern. Wie im Aktionsplan vorgesehen ist 2021 zwar die überfällige Privatisierung der Tanjug-Agentur endlich vollzogen worden. Die ursprünglich ebenfalls für 2021 geplante Privatisierung der Zeitung „Politika“ steht ebenso weiter aus wie die des regionalen Senders RTV Krajevac. Wie vorgesehen sind auch in der Provinz seit 2014 inzwischen fast alle der früheren Staatsmedien privatisiert. Gleichzeitig hat sich die Medienkontrolle durch die SNS aber spürbar verstärkt.

Zum einen kommen die Neueigentümer der früheren Staatsmedien meist aus dem Umfeld der Regierungsparteien. Zum anderen wird die Förderung durch den Staat und die Kommunen systematisch zur Finanzierung der ihnen nahestehenden Lautsprecher der Macht genutzt: Unabhängige Medien kommen besonders in der Provinz so gut wie gar nicht mehr zum Zuge.

Besonders den halbstaatlichen Telekom-Konzern nutzt die SNS als Instrument, den eigenen Einfluß im Kabel-TV zu vergrößern: Statt sich wie gelobt aus den Medienmärkten zurückzuziehen ist Belgrad durch die Telekom auf diesen aktiver als je zuvor.

NUR FÖRDERUNGSGELDER FÜR DIE GENEHMEN MEDIEN

Von 2015 bis 2021 haben der Staat und die Kommunen durch die Co-Finanzierung von knapp 14000 Projekten die heimischen Medien laut einem Bericht des Cenzolovka-Portals insgesamt mit 85,4 Millionen Euro gefördert. Laut Medienanalyst Sejdinovic, der die öffentlich zugänglichen Daten über die Verwendung der Förderungsgelder ausgewertet hatte, stieg die Summe der ausgeschütteten Gelder

von zunächst 9,7 Millionen Euro (2015) auf 15 Millionen Euro (2020). Der bisher für 2021 registrierte Betrag von 13,7 Millionen könne noch steigen.

Die größten Profiteure der indirekten Medienfinanzierung von Staat und Kommunen waren seit dessen Beginn regionale TV-Sender wie RTV Novi Pazar (2,6 Millionen Euro), RTV Belle Amie in Nis (1,1 Millionen Euro) oder Novasadska Televizija (1,1 Millionen Euro). Den Löwenanteil der Förderungsmittel schütteten die Kommunen aus (66,8 Millionen Euro für 10 000 Medienprojekte) vor Serbiens Kulturministerium (15,3 Millionen Euro für 3000 Projekte) und der autonomen Provinz Vojvodina (3,4 Millionen für etwas mehr als 1100 Projekte). Die Kommunen, die die meisten Fördergelder auszahlten, sind Belgrad (4,5 Millionen Euro), Nis (3,5 Millionen Euro), Novi Sad (3,1 Millionen Euro) und Novi Pazar (2,8 Millionen Euro).

Auch im letzten Jahr konnten die als „Champions der Verstöße gegen den Pressekodex“ bezeichneten, regierungsnahen Boulevardblätter „Alo!“, „Informer“ und „Srpski Telegraf“ laut der Erhebung insgesamt 900 000 Euro einstreichen, obwohl sich Medien, die wiederholt und systematisch gegen den Pressekodex verstoßen, eigentlich für eine staatliche Förderung disqualifizieren. Zwar ist die Höhe der Förderungsgelder für die regierungsnahen Boulevardpresse laut Filipovic am Schrumpfen. Doch das größte Problem sei, wer in den Kommunen in den Kommissionen sitze, die über die Vergabe der Gelder entscheiden würde: „Meist ist die Ernennung der Kommissionsmitglieder völlig intransparent ohne klar formulierte Kriterien und Anforderungsprofil. Im Wesentlichen bestimmen die Bürgermeister, wer ernannt wird – und wer nicht.“

NUNS ist laut Filipovic auf nationalem Niveau in drei Kommissionen vertreten. Doch obwohl die Journalistengewerkschaft in 100 Kommunen im letzten Jahr eigene Kandidaten für die lokalen Kommissionen nominierte, erhielt sie nur in 5 Kommunen auch tatsächlich einen Sitz. Unabhängig seien die nach Gusto der lokalen Machthaber gebildeten Kommissionen keineswegs: „Es ist eine Art Kommissionsmafia, die über die Vergabe der Fördermittel entscheidet.“

NUR SPENDEN HALTEN UNABHÄNGIGE STIMMEN ÜBER WASSER

Vor allem die „Partei-Privatisierung“ der lokalen TV- und Rundfunkstationen, aber auch die von den lokalen Politfürsten kontrollierte Verteilung der Fördergelder hat zu einer erheblichen Verarmung des Medienangebots in der Provinz geführt. Nur von den kargen Werbe-Einnahmen können die wenigen unabhängigen lokalen Webportale und Radiosender kaum über die Runden kommen. Private Geschäftsleute schrecken oft die möglichen Folgen von Annoncen bei Medien ab, die den lokalen Machthabern kritisch gegenüberstehen. Kommunale und staatliche Firmen schancen gleichzeitig Anzeigen am liebsten denjenigen Medien zu, die ihnen nahe stehen.

Laut einer im Oktober veröffentlichten, gemeinsamen Untersuchung der BIRN-Agentur und NUNS über die Praxis der Vergabe von Werbeaufträgen in den Kommunen werden diese oft „direkt“ und ohne öffentliche Ausschreibung erteilt. So vergaben die kommunalen Betriebe in den 20 größten Städten des Landes 2020 insgesamt 191 Werbeaufträge in einer Höhe von insgesamt 55 Millionen Dinar (470 000 Euro) – den Löwenanteil davon (342 000 Euro) strichen die TV-Stationen ein.

Kleineren Lokalmedien bleiben auf dem hart umkämpften Markt oft nur die Brosamen. Laut BIRN unterzeichnete das Portal „Vranjenews“ beispielsweise mit der kommunalen Firma „Parking Servis Vranja“ einen Vertrag, der dem Medium für ein auf seiner Site eingeblendetes Werbebanner die Zahlung von 5000 Dinar (48 Euro) pro Monat sicherte.

Während sich lokale TV-Sender bei Verträgen mit der Kommune oft zur Übertragung der Stadtratssitzungen verpflichten, bleibt es in den Verträgen mit vagen Formulierungen wie „Marketing-Dienste“ oder „Sicherung der öffentlichen Informationen“ laut Birn häufig „intransparent“ und unklar, für welche Dienste die kommunalen Unternehmen die Medien eigentlich anheuern. Selbst bei öffentlichen Ausschreibungen würden die Aufträge oft denjenigen Medien zugeschanzt, die „den Machthabern nahestehen“, klagt Nemanja Nenadic, Direktor von Transparency Serbia. „Mit Direktverträgen zu gefälligen Medien“, umschreibt BIRN die kommunale Praxis bei der Vergabe von Werbeverträgen.

Unabhängige Medien machen derzeit nicht nur fehlende Anzeigeneinnahmen, sondern laut Filipovic auch gezielte „Torturen“ der Finanzämter zu schaffen. Zwar erwiesen sich diese letztendlich meist als völlig haltlos. Doch kleinere Medien könnten jahrelange Inspektionen oder die Sperrung ihrer Konten „nicht immer durchhalten“.

Die einzige positive Entwicklung sei, dass sich ausländische NGOs und Geldgeber in den letzten beiden Jahren wieder verstärkt bei unabhängigen Lokalmedien engagieren, so Filipovic. Dank der in den letzten beiden Jahren wieder vermehrt fließenden Fördergelder aus dem Ausland hätten die Medien, die keine Aussicht auf die Förderung durch ihre jeweiligen Kommunen hätten, „wieder etwas mehr Luft zum Atmen“. Denn die Bedingungen auf den Werbemärkten seien für kritische Medien weiterhin „völlig unfair“.

Schon kleine Summen an Fördergeldern sind für unabhängige Lokalmedien eine große Hilfe. Nicht selten handle es sich bei unabhängigen Medien wie „ozonpress.net“ (Cacak), „maglocistac.rs“ (Subotica), „voice.org.rs“ (Novi Sad) oder „boom93.rs“ (Pozarevac), „soinfo.org“ (Sombor) oder „juznevesti.rs“ (Nis) um Medienprojekte, die nur von einer Handvoll engagierter Lokaljournalisten getragen würden, berichtet Filipovic. Manche seien auch nur „Ein- oder Zwei-Mann-Betriebe“. Seit 2018 habe sich die Szene der unabhängigen Lokalmedien in Serbien, die sie landesweit auf 30-40 beziffert, „neu belebt“: „Dank der ausländischen Spendengelder auch aus den USA sieht es mit der Medienpluralität in der Region selbst etwas besser aus als vor zwei, drei Jahren. Auch wenn es sich dabei oft um sehr kleine Webportale und Radiosender handelt.“

MEHR TV-SENDER TROTZ GESCHRUMPFTEN WERBE-KUCHENS

Von den Folgen der Weltwirtschaftskrise 2008/2009 hatte sich Serbiens Werbemarkt lange nicht erholt. Erst 2019 war dessen Jahresumsatz laut Filipovic mit rund 210 Millionen Euro wieder auf das Vorkrisenniveau geklettert: Zuvor dümpelte er lange bei 140 bis 150 Millionen Euro pro Jahr. Im Corona-Jahr 2020 musste die Branche trotz weiter steigender Umsätze bei der digitalen Werbung neue Einbrüche hinnehmen. Doch mit einem Jahresumsatz von rund 180 Millionen Euro fiel der Rückgang des Werbeaufkommens 2020 etwas geringer aus als von vielen befürchtet.

Völlig im Widerspruch zum während der Pandemie geschrumpften Werbekuchen steht die sich gleichzeitig auffällig vergrößerte Zahl von TV-Sendern. Schon 2020 habe sich die Anzahl der bei den Medien Beschäftigten im Gegensatz zu allen internationalen Trends in Serbien um 500 erhöht, so Filipovic: „Und 2021 war der Anstieg vermutlich noch größer.“ Mit Kurir-TV, Tanjug-TV, Euronews, Insider-TV, dem regionalen UNA-TV-Sender, Vesti-TV und demnächst Bloomberg-TV operieren auf Serbiens „ohnehin völlig übersättigten Medienmarkt“ innerhalb eines Jahres sieben neue Informationssender. Die meisten wurden von der mehrheitlich staatlichen Telekom lanciert oder in deren Kabelnetzwerke eingespeist.

TELEKOM ALS VERLÄNGERTES WERKZEUG DER POLITIK

2011 hatte Serbiens damalige Regierung noch versucht, eine 51prozentige Mehrheitsbeteiligung an der Telekom Srbija an die Telekom Austria zu verkaufen. Doch seit dem Machtwechsel von 2012 ist das zu 78 Prozent im Staatsbesitz befindliche Unternehmen für die regierende SNS längst zu einem der Schlüsselinstrumente zur Kontrolle der Medienmärkte mutiert, aus denen sich der Staat eigentlich zurückziehen sollte.

Über Sendelizenzen mit landesweiter Reichweite verfügen neben der öffentlich-rechtlichen RTS mit „TV Pink“, „Happy“ und „Prva“ ausschließlich Privatsender, die der SNS gewogen sind. Die Telekom nutzt Belgrad dazu, den für die Regierung sehr lästigen Kabel-TV-Sendern N1, Nova und NovaS der in Amsterdam registrierten United Group (UG) Zuschauer und Marktanteile abzugraben. Vor allem auf den Kabelnetzbetreiber und die UG-Tochter SBB hat es die Telekom abgesehen. Dank des systematischen Aufkaufs mehrerer kleinerer Kabelnetz-Betreiber wie „Kopernikus“, „Radijus Vektor“, „AVcom“

und „Telemark“ hat die Telekom ihren Marktanteil im Kabel-TV-Geschäft systematisch ausgebaut und war laut der Aufsichtsbehörde für elektronische Kommunikation (RATEL) 2020 mit einem Marktanteil von 29 Prozent der zweitgrößte TV-Kabelanbieter nach der SBB (46 Prozent).

Für verschärfte Spannungen zwischen der Telekom und der UG sorgte Anfang 2021 ein an die Öffentlichkeit gelangtes Strategiepapier der Telekom, in dem als Ziel der geplanten Kabelkooperation mit dem Mobiltelefon-Konkurrenten Telenor die endgültige Zerschlagung der UG-Tochter SBB genannt wurde: Bei einem Schrumpfen ihres Marktanteils werde die UG-Tochter kaum mehr über die Kapazitäten verfügen, in ihre Sender und Programminhalte zu investieren.

Im April 2021 segneten Serbiens Kartellbehörden die Kabelkooperation zwischen Telekom und Telenor trotz der Einwände von UG ab. Dennoch scheint die Marktverdrängungskalkulation der Telekom durch die Kooperation mit Telenor nicht ganz aufzugehen. Einerseits ist die in der ganzen Region in acht Staaten operierende UG ein internationaler Konzern mit einem Jahresumsatz von über zwei Milliarden Euro und rund 13500 Mitarbeitern, der keineswegs nur vom serbischen Markt abhängig ist. Andererseits scheint die Anfang März in „Yettel“ umbenannte Telenor den Konflikt mit der UG offenbar nicht eskalieren lassen zu wollen: Auffällig ist, dass das Portal des UG-Senders N1 im Februar die vereinbarte Fortsetzung der Kooperation zwischen Telenor und der UG-Tochter Direct Media vermeldete.

Zwar hat die Telekom mit dem Aufkauf eines kleineren Kabelnetzwerks in den serbischen Kosovo-Enklaven und der Übernahme des Kabelnetzwerks des Posta Net im letzten Jahr ihren Marktanteil noch etwas vergrößert. Doch zum neuen Mittel, um den UG-Sendern das Wasser abzugraben, hat die Telekom den Aufkauf der Senderechte der Spiele der populärsten ausländischen Fußballligen zu völlig überhöhten Preisen auserkoren.

Hatte die UG für die serbischen Senderechte für die englische Premierleague von 2019 bis 2022 für drei Jahre 12 Millionen Euro bezahlt, erwarb die Telekom nun die Senderechte von 2022 bis 2028 für 100 Millionen Euro pro Saison oder insgesamt 600 Millionen Euro. Statt wie bisher 600 000 Euro zahlt Telekom nun 5,5 Millionen Euro pro Saison für die Rechte an der französischen Liga – fast das Achtfache des bisherigen Betrags. Für die Senderechte der spanischen La Liga blättert Telekom künftig 40 Prozent mehr, für die der italienischen Serie A 400 Prozent mehr auf den Tisch.

Der Verlust der Senderechte der Premierleague ab der nächsten Saison dürfte nicht nur die Sport-Klub (SK)-Sender der UG Zuschauer, sondern auch der SBB Abonnenten und Marktanteile kosten. Und das scheint auch das vorrangige Ziel der keineswegs marktgerechten Hochpreispolitik der Telekom zu sein.

Von „unnormale hohen Beträgen“ für die Senderechte spricht NUNS-Generalsekretärin Filipovic. Ein Problem sei, dass die Telekom kaum Informationen über seine Geschäftsgebaren preisgebe, obwohl sie das als staatliches Unternehmen eigentlich tun müsse: „Sie redet sich damit heraus, dass sie nicht zu 100 Prozent in Staatsbesitz sei.“

Ähnlich wie bei den kostenträchtigen Lizenzen und ungewohnt hohen Journalistengehältern bei den serbischen Euronews- oder Bloomberg-Sender dränge sich vor allem die Frage auf, woher die Telekom die Mittel für ihre kostspielige Shopping-Tour habe: „Denn in ihren Bilanzen mehren sich die Verluste, deren tatsächliche Höhe vermutlich erst in den nächsten Jahren deutlich werden.“ Der Verdacht einer staatlichen Quersubventionierung liegt ihrer Meinung nahe: „Es geht um den Kauf von Einfluß durch ein völlig irrationales Verschleudern unserer Ressourcen, ohne dass es dafür irgendeine wirtschaftliche Rechtfertigung gibt. Das Ziel ist die Vertreibung der UG: Die Telekom würde sich nicht an ihr stören, wenn sie nicht die Info-Sender hätte.“

FEIGENBLATT RTS, RUNDFUNKAUFSICHT IM DIENST DER MACHT

Immerhin: Auch als Folge der von Europaparlamentariern moderierten, aber von der Opposition boykottierten (2019) oder vorzeitig abgebrochenen (2021) Dialogversuchen mit der Regierung hat sich

die öffentlich-rechtliche RTS für die Oppositionsparteien wieder ein wenig geöffnet. Doch obwohl von der RTS nun auch Oppositionspolitiker für Debattensendungen wie „rec na rec“ – „Wort auf Wort“ geladen werden, wittert Filipovic darin vor allem eine Feigenblattfunktion: „Bei der RTS versuchen sie nun irgendeine neue Balance zu finden. Aber es gibt weiterhin keine klare Strategie für einen Dialog oder die Konfrontation unterschiedlicher Meinungen. Es ist eher ein Versuch, so zu tun, als ob man neutral sei. Mit freiem Journalismus hat das nichts zu tun.“

Eigentlich sollte Olivera Zekic als Vorsitzende von Serbiens Rundfunkaufsicht (REM) über die Einhaltung des Journalisten-Kodex bei den elektronischen Medien wachen. Doch statt der Rolle des Gärtners in Serbiens verwilderten Medienauen mimt die Ex-Journalistin gerne auch selbst den Bock. Bei den Demonstrationen gegen das geplante Lithium-Bergwerk bei Loznica handle es sich „keineswegs um ökologische Proteste“, verkündete die studierte Politologin im vergangenen Dezember bei einem Gastauftritt bei der privaten TV-Station „Prva“: Aus dem Ausland seien „von verschiedenen Seiten 100 Millionen Euro geflossen, damit sich diese organisieren“.

Als „Karikatur ihrer selbst“ bezeichnet Medienanalyst Sejdinovic die REM, die der „regierenden Clique als Schlüsselinstrument zum Mißbrauch der Medien für ihre politische Propaganda“ diene: „Die REM ist eine Partei-Zweigstelle, die die Pressefreiheit knebelt und zulässt, dass die elektronischen Medien täglich gegen Gesetze und den Kodex verstoßen. Wenn die REM ihrer Arbeit nachkommen würde, hätten einige Medien schon lange ihre Zulassung verloren – und würde unsere Medienlandschaft unvergleichlich besser aussehen.“

Neu sind die Klagen über die REM keineswegs. Nach dem Sturz von Milosevic am 5. Oktober 2000 habe „keine einzige Regierung“ den Willen gezeigt, die Rundfunkaufsicht „tatsächlich zu einem unabhängigen Organ“ zu machen, so der frühere NUNS-Vorsitzende Vukasin Obradovic gegenüber dem EWB-Portal. Für die Erkenntnis, dass die Medien sich an den Bedürfnissen der Bürger und nicht an denen der herrschenden Nomenklatura orientieren müssten, seien in Serbien noch nicht die politischen Bedingungen geschaffen, im Gegenteil: „Die SNS basiert ihre Macht in großem Maße auf ihren ungeheuren Medieneinfluß – und die elektronischen Medien sind dabei am wichtigsten.“

Die Reform der REM als Schlüssel zur Sicherung der bedrohten Medienfreiheit war eine der wichtigsten Forderungen der Opposition bei den letztendlich gescheiterten Dialoggesprächen mit der Regierung. Schon 2019 verständigten sie sich auf einen Mehrpunkte-Plan, der die mediale Gleichbehandlung von Regierung und Opposition verbessern sollte. Es sollten neue REM-Mitglieder gewählt, ein Regelbuch für die Wahlberichterstattung der Medien ausgearbeitet sowie dieser durch regelmäßige Monitorberichte beobachtet werden.

Die REM spricht in ihrem jüngsten Monitoring-Bericht zwar über eine zunehmend verstärkte Berichterstattung der landesweiten TV-Sender über die außerparlamentarische Opposition. Doch diese vermögen unabhängige Medienanalysten kaum zu erkennen. Die umstrittene Messmethodik der REM bei der Beobachtung der Wahlkampfberichterstattung der REM wird von den Berufsverbänden und auf Medienbeobachtung spezialisierte NGOs wie CRTA oder BIRODI als mangel- und fehlerhaft kritisiert. Der von REM beschworene „politische Pluralismus“ sei mehr in dessen Monitor-Berichten als bei der Berichterstattung der beobachteten TV-Sender zu finden, spöttelt CRTA.

„Wir hielten die Einsetzung der Monitoring-Gruppe ohnehin für überflüssig“, so Filipovic: „Denn wenn die REM ihren Aufgaben nachkommen würde, wäre das absolut unnötig.“ Die Empfehlungen der Berufsverbände seien bei der Ausarbeitung des REM-Regelwerks nicht berücksichtigt worden: „Später hat es selbst das Kulturministerium für gesetzwidrig erklärt.“

Obwohl beispielsweise Pink Anfang Januar die Skandal-Dokumentation „Zielfamilie“ ausstrahlte, in der namentlich genannten Enthüllungsjournalisten vorgeworfen wurde, auf die Ermordung von Präsident Vucic hin zu arbeiten, blieb die von den Journalistenverbänden geforderte REM-Rüge bisher aus. „Dieses Aufsichtsorgan müsste eigentlich ein Damm gegen die Lügen, Hassreden und den Primitivismus sein“, so der NUNS-Vorsitzende Bodrozic. In der Medienstrategie seien die „Anomalitäten“ des Wirkens der REM zwar klar aufgezeigt und im Aktionsplan konkrete Schritte zu deren Behebung

benannt: „Aber ich bezweifle, dass Aleksandar Vucic die Fernbedienung aus der Hand legen will, mit der er fast alle TV-Stationen nach seinem Maß reguliert.“

GEZIELT GESCHAFFENE MEDIENPOLARISIERUNG

Eine im Januar veröffentlichte Vergleichsstudie über Medienkonsum und Polarisierung in Polen, Serbien, Tschechien und Ungarn des „Illiberal turn“-Projekts an der Universität Loughborough kommt u.a. zu dem Schluss, dass die Medien und ihre Nutzer nirgendwo so stark polarisiert sind wie in Serbien. „Der Berufsstand geht in eine schlechte Richtung, weil Amtsträger und Regierungspolitiker nicht mehr mit allen Medien sprechen“, sagt NUNS-Generalsekretärin Filipovic. Sie widerspricht allerdings der These, dass die Polarisierung der Medien für die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft verantwortlich sei. Ausländischen Besuchern könne sie es kaum erklären, dass die Polarisierung der Medien „systematisch geschaffen worden“ sei: „Die Regierungspolitiker haben die Medienszene so zerfleddert. Und nun sagen sie, die und die sind Oppositionsmedien und das sind Proregierungsmedien, weil wir eben eine geteilte Gesellschaft sind.“

„Wir fragten, sie schweigen“, nennt sich eine Rubrik der unabhängigen Zeitung „nova“, in der täglich eine von Behörden oder Regierungsvertretern unbeantwortete Frage vorgestellt wird. Einerseits würden Regierungspolitiker missliebigen Medien erbetene Interviews oft verweigern, andererseits Medien aus dem Regierungsumfeld oft konsequent einen Bogen um Oppositionspolitiker schlagen, umschreibt Filipovic den Berufsalltag in Serbiens geteilter Medienwelt: „Wie kommt es, dass unsere Enthüllungsjournalisten alle Preise in Europa abräumen, aber gleichzeitig bei uns angeblich die Medien am schlechtesten sein sollen, weil sie nicht neutral sind? Unsere Journalisten sind keineswegs zu dumm, die andere Seite zu befragen. Aber leider erhalten sie dazu oft nicht die Möglichkeit.“

